Oliver Martin
SVP
Heimenhoferstrasse 3
8585 Mattwil

David Zimmermann
SVP
Kirchensteig 14
9502 Braunau

Thomas Niederberger
FDP
Besmerstrasse 49c
8280 Kreuzlingen

Markus Birk
SP
Hintergasse 49
8253 Diessenhofen

EINGANG GR			
GRG Nr.			

Interpellation
«Sicherheitspolitische Vorsorge im Kanton Thurgau»

Der Bundesrat hat am 18. September 2026 die sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026 verabschiedet. Diese legt den Fokus auf die Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft, den Schutz der Bevölkerung und die militärische Verteidigungsfähigkeit.

Sie priorisiert die Bekämpfung hybrider Bedrohungen, die Abwehr von Angriffen aus der Distanz und die Bekämpfung organisierter Kriminalität. Zu ihren weiteren Massnahmen gehören der Schutz kritischer Infrastrukturen und die Prävention und Bekämpfung und gewalttätigem Extremismus.

Für den Kanton Thurgau ist zu klären, wie die bestehenden Vorkehrungen im Rahmen seiner Zuständigkeiten mit der nationalen Strategie übereinstimmen und welcher weitere Handlungsbedarf besteht.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hat der Regierungsrat die kantonale Gefährdungsanalyse mit der Sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz 2026 abgeglichen? Welche Risiken und Ausfallketten sind für den Thurgau prioritär, welche Annahmen liegen dieser Bewertung zugrunde und wann wurde sie letztmals aktualisiert? Welche Änderungen ergeben sich gegenüber der bisherigen Vorsorge?

2. Welche Stelle verantwortet die kantonale Umsetzung insgesamt? Wie sind Aufgaben und Entscheidungskompetenzen zwischen Departementen, Gemeinden, Führungsstäben, Betreibern und Bund verteilt? Liegt ein vom Regierungsrat genehmigter Massnahmenplan vor, der für die relevanten Vorhaben verantwortliche Stellen, Leistungsziele, Termine und Finanzierung festlegt?

3. Welche lebenswichtigen Leistungen können im Kanton auch bei gleichzeitigem Ausfall von Strom, Telekommunikation und zentralen Informatikdiensten aufrechterhalten werden? Welche Durchhalte- und Wiederanlaufzeiten sind mit den Betreibern vereinbart und praktisch geprüft? Wie sind Treibstoff, Trinkwasser, Lebensmittel, Arzneimittel, Ersatzteile und notwendige Lieferungen in diesen Planungen berücksichtigt?

4. Welchen Umsetzungsstand hat das im Geschäftsbericht 2025 erwähnte Vorhaben eines externen Zentrums zur Cyberüberwachung heute erreicht? Welche kantonalen und gegebenenfalls angeschlossenen kommunalen Systeme werden

durchgehend überwacht und wie erfolgt die Reaktion ausserhalb der üblichen Arbeitszeiten? Welche Wiederherstellung wurde unter realistischen Bedingungen getestet? Wie werden kritische Lieferanten- und Cloudabhängigkeiten berücksichtigt? Wie ist die Einhaltung der Meldepflicht für Cyberangriffe nach Art. 74a ff. des Informationssicherheitsgesetzes (ISG) gegenüber dem Bundesamt für Cybersicherheit (BACS) organisiert?

5. Wie weist der Regierungsrat nach, dass Führungsstäbe, Blaulichtorganisationen und Bevölkerung bei längerem Strom- und Kommunikationsausfall erreichbar bleiben? Welche Ersatzwege sind geübt? Wie wird die Sicherheitskommunikation bis zur vollständigen Inbetriebnahme neuer Bundessysteme abgesichert? Wie ist die Stromversorgung der autarken Feuerwehralarmierung nach Ausschöpfung der Batteriekapazität an allen ausgerüsteten Standorten sichergestellt und praktisch geprüft?

6. Wie viele Schutzplätze sind nach Gemeinden tatsächlich benutzbar und innert welcher Zeit bereitstellbar? Wie erfolgt die Zuweisung für Einwohnerinnen und Einwohner, Pendelnde und Personen mit besonderem Unterstützungsbedarf? Welche Evakuations-, Transport- und Unterbringungskapazitäten bestehen heute? Welchen Stand hat die alternative Unterbringungslösung nach der im Geschäftsbericht 2025 erwähnten Sistierung des Notunterkunftsprojekts erreicht und welche Kapazität kann heute tatsächlich bereitgestellt werden?

7. Welche Leistungen kann das kantonale Gesundheitswesen bei einem Massenanfall von Patientinnen und Patienten, Personalausfällen und Versorgungsstörungen tatsächlich erbringen? Wie sind Rettungsdienste, Spitäler, ambulante Medizin, Apotheken, Pflegeheime und Spitex eingebunden? Wie ist der zusätzliche sanitätsdienstliche Bedarf der Armee berücksichtigt? Welche Fortschritte ergeben sich aus dem Nationalen Verbund Katastrophenmedizin **(KATAMED)?**

8. Welche Einsatzkräfte stehen in den wesentlichen Szenarien tatsächlich zur Verfügung? Wie werden Mehrfachfunktionen in Zivilschutz, Feuerwehr, Armee, Gesundheitswesen und Verwaltung berücksichtigt? Welche Kapazitäten bestehen für Ablösung, Logistik und Betreuung bei länger dauernden parallelen Einsätzen? Welcher zusätzliche Personal- und Materialbedarf ist erkannt und finanziert?

9. Wie sind die Unterstützungsanforderungen an die Armee vorbereitet und geübt? Welche Annahmen gelten, wenn diese gleichzeitig Verteidigungsaufgaben erfüllt? Wie verlaufen Meldung, Beurteilung und Intervention bei Drohnenaktivitäten an kritischen Infrastrukturen? Welche Fragen zu Zuständigkeiten und rechtlichen Befugnissen sind noch offen und bis wann werden sie geklärt?

10. Welche Schwerpunkte setzt der Regierungsrat bei der Prävention von Radikalisierung, bei organisierter Kriminalität und beim Schutz demokratischer Prozesse? Welche Stellen arbeiten dabei zusammen und welche Fachressourcen stehen bereit? Wie werden Wirkung, rechtmässiger Informationsaustausch, Schutz gefährdeter Personen und freie politische Meinungsbildung überprüft?

11. Welche Vereinbarungen, gemeinsamen Übungen und Einsatzabläufe bestehen im Bevölkerungsschutz mit Nachbarkantonen und dem deutschen Grenzraum? Welche gegenseitige Unterstützung ist tatsächlich zugesichert? Wie wird geplant,

wenn die Partner gleichzeitig betroffen sind, Verkehrswege ausfallen oder grenzüberschreitende Hilfe zeitweise nicht verfügbar ist?

12. Welche priorisierten Massnahmen sind finanziert, welche Mittel werden zusätzlich benötigt und welche Risiken bleiben bis zur Umsetzung bestehen? Wie werden die Auswirkungen von Verzögerungen oder Einsparungen beurteilt? Welche unabhängigen Funktionsprüfungen sind vorgesehen und wann erhält der Grosse Rat einen ersten Bericht mit messbaren Leistungen, Terminen und Kosten? Bitte weisen Sie je wesentlicher Massnahme die einmaligen Investitionen, den jährlich wiederkehrenden Aufwand und den zusätzlichen Personalbedarf sowie die Finanzierungsanteile von Bund, Kanton, Gemeinden und Betreibern aus. Welche Mittel sind bewilligt, beantragt oder noch ungedeckt?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

.

Mattwil, 21. Oktober 2026

Oliver Martin David Zimmermann Thomas Niederberger Markus Birk